

Danziger Zeitung.

No 8354.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reimer und Ad. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hasenhein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

1874.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Angenommen 2 Uhr Nachmittags.
Ludwigsburg, 9. Febr. David Friedrich Strauß ist gestern hier gestorben.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 8. Febr. Nach einer officiellen Depesche aus Atschin vom 4. d. fahren die Hauptlinge der Eingeborenen fort, eine feindliche Haltung anzunehmen und erbauen Forts im Innern des Landes. Von dem General van Swieten wird indessen diesem Umstande keine besondere Wichtigkeit beigelegt. Die Einnahme des Kraton hat die Kräfte der Feinde gebrochen; das holländische Lager ist nicht mehr angegriffen worden. Der General van Swieten will, bevor er weitere Schritte thut, abwarten, ob die Bevölkerung nicht allmählig eine weniger feindliche Haltung beobachtet wird. — Der Tod des Sultans wird bestätigt.

Bern, 8. Febr. Das Dorf Basselcourt (Mtorf) im Berner Jura ist wegen dort vorgekommener Ruhestörungen von 2 Scharfschützen-Compagnien besetzt worden. — Von den renitenten Geistlichen aus dem Jura sind 12 von der Internierung im protestantischen Theile des Cantons nicht betroffen worden.

London, 8. Febr. Der „Observer“ glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß Gladstone sich über seinen Rücktritt vom Amte nicht eher entscheiden werde, bis das definitive Resultat der Parlamentswahlen vorliegt.

Die Heeres-Organisation und das neue Militärgesetz.

H. Berlin, 8. Febr.

Das neue Militärgesetz hat bekanntlich den verschiedenartigsten Inhalt. Es enthält Stücke von einem Rekrutierungsgesetz, einer Landwehrordnung, einem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Militärpersonen. Der erste Abschnitt des Gesetzes und in diesem die ersten 6 Paragraphen sind die praktisch wichtigsten. Auch in diesen 6 Paragraphen steckt wieder Verschiedenes. Scheiden wir für heute noch die § 1 gesetzlich fixirte Friedenspräsenzstärke von der Erörterung aus, so bleibt als die wichtigste Bestimmung des ersten Abschnitts der § 2, in welchem die Zahl der gegenwärtig bestehenden Bataillons, Escadrons und Batterien für den Friedensstand fixirt wird. Nach der Reichsverfassung bestimmt der Kaiser die Gliederung und Eintheilung der Contingente der Reichs-Armee. Diesem kaiserlichen Recht gegenüber steht freilich das Geldbewilligungsrecht des Reichstages, nur beschränkt durch die Verfassungsbestimmung, wonach „bei Feststellung des Militärausgabebudgets die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zum Grunde gelegt werden soll.“ Während von conservativer Seite bei Verathung der Reichsverfassung dieser Klausel gar keine Bedeutung beigelegt wurde — da es eine gesetzlich feststehende Organisation nicht gebe — und darum das ewige Pauschquantum bewilligt wurde, fixirte damals Kaiser die Bedeutung dieser Klausel ganz richtig dahin, daß damit nicht die Zahl und Stärke der Friedenscadres, sondern nur das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, das in der Verfassung durch die Bestimmungen über die Dienstzeit geregelte Verhältnis von Linie, Reserve und Landwehr als für die Aufstellung des Militäretats maßgebend hingestellt werde. Auch bei der Verfassungsbestimmung, wonach nach Durchführung der Kriegsorganisation ein umfassendes Reichsmilitärgesetz vorgelegt werden sollte, dachte man nicht an den

jetzt vorgeschlagenen § 2, sondern nur an eine Codification der in dem Verfassungsartikel (61) aufgeführten preussischen Verordnungen. Ist hiernach eine gesetzliche Fixirung der Friedenscadres durch die Verfassung selbst nicht angezigt, so stehen ihr — was bislang namentlich von conservativer Seite geltend gemacht wurde — technische Bedenken insofern entgegen, als die Fortschritte in der Militärtechnik und im Waffenwesen insbesondere von Jahr zu Jahr Veränderungen in den Formationen nothwendig machen. Abgesehen davon aber hat die liberale Partei grundsätzlich gegen eine Heeresorganisation auf gesetzlicher Grundlage niemals etwas einzuwenden gehabt; nur hat sie darunter nicht bloß eine Organisation des Friedensheeres, sondern im Zusammenhang damit auch des Kriegsheeres verstanden. In diesem Sinne hat sie sogar bei Verathung der Verfassung ein Heeresorganisationsgesetz ausdrücklich verlangt. Die Factoren der Reichsgewalt haben allerdings ein übereinstimmendes Interesse daran, die Kriegsmacht auf dauernden Grundlagen festzustellen. Aber einseitig die Friedenscadres feststellen, heißt nicht die Wehrhaftigkeit beseitigen, sondern nur das Geldbewilligungsrecht des Reichstages beschränken.

Da der Kriegszustand des Heeres die Hauptsache ist, der Friedensstand nur ein Mittel für diesen Zweck, so erscheint es widersinnig, das Mittel zu fixiren, während man die Gestaltung des Zweckes dem einseitigen Belieben der Verwaltung überläßt. Dieselbe Zahl von Friedenscadres gewinnt eine ganz andere Bedeutung, je nachdem für den Kriegszustand die Cadres der Ersatztruppen und die Besatzungstruppen so oder anders fixirt werden. Kein europäischer Staat hat bisher in der Gesetzgebung Friedenscadres ohne gleichzeitige Festsetzung der Kriegscadres fixirt, ja wir finden durchweg, der höheren Wichtigkeit der Kriegscadres entsprechend, die letzteren fixirt, während man die Zahl der Friedenscadres der Vereinbarung im Etat überläßt. Preußen selbst hat in der Landwehrordnung von 1815 und der Cabinetsordre von 1819 ausdrücklich für die Landwehr eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Auch das Reich hat, wo es in Militärconventionen die Organisation fixirte, wie Württemberg und Hessen gegenüber gesehen ist, zugleich die Kriegscadres und die Friedenscadres fixirt. Eine einseitige Fixirung der Friedenscadres hat weder militärischen, noch auch constitutionellen Werth. Denn wenn die Verwaltung erst entschlossen ist, sich an die Beschränkungen der Organisation durch den Etat nicht zu kehren, reicht der Vorwand, daß der düstere Horizont Kriegsfürmationen erbeische, mehr als aus, sich über die gesetzlichen Bestimmungen wegen der Friedenscadres hinwegzusetzen. Ist doch i. B. gerade unter diesem Vorwand in Preußen die Organisation einseitig eingeführt worden.

Wird die Zahl der Friedenscadres im Zusammenhang mit derjenigen der Kriegscadres gesetzlich fixirt, so kann man so weit gehen, auch die Commandeure der taktischen Einheiten gesetzlich zu bestimmen. Vollständig widersinnig aber ist es, das gesammte Offiziercorps bis auf den letzten schließenden Secondeleutnant, dazu das gesammte Beamtenpersonal der Militärverwaltung bis auf die Küster und den Nachtwächter herunter, wie es in der Vorlage geschieht, gesetzlich zu fixiren. So naiv ist die Militärverwaltung freilich dem wechselnden Bedürfnis gegenüber, daß sie sich selbst eine Vermehrung des Personals im Wege des Etats vorbehält. Nur wenn der Reichstag seinerseits bei der Etatsverathung eine Verminderung begehrt,

sei es auch nur zur Ausgleichung einer an anderer Stelle beabsichtigten Vermehrung des Personals, dann soll er im Militärgesetz eine Schranke finden. Man erzieht den Vorlage zu viel Ehre, wenn man dieses Annehmen überhaupt einer Kritik unterzieht.

Danzig, den 9. Februar.

Der Reichstag hat gleich bei seinem Beginne allerlei Fährlichkeiten zu bestehen, die wie Sturm-vögel eine erregte Sitzungsperiode andeuten dürften. Zuerst vergaß der Kanzler im Weißen Saale die Hauptsache, nämlich die Eröffnung zu verkünden, dann mußte gleich in der ersten Versammlung der erste Beschluß wegen der nächsten Sitzung redressirt werden, weil man nicht an die Elässer gedacht hatte, die vor dem heutigen Montag nicht in Berlin sein können. Endlich kam Simson's Ablehnung den Weissen unerwartet. Forderbeck hat jetzt die Annahme des Präsidentenamts zugesagt, nachdem die Breslauer nichts dagegen einzuwenden. Man berichtet von dort übereinstimmend, daß die Nachricht zuerst ganz und gar nicht gefallen habe, weil Forderbeck sich bereits als ein so ausgezeichnete Oberbürgermeister bewährt habe, den man schwer in einer Zeit wichtiger kommunaler Reformen entbehren möge. Aber, für Breslau ist Dr. v. Forderbeck schwer, für den Reichstag augenblicklich gar nicht zu entbehren, und Breslau wird dem Vaterlande ein Opfer bringen müssen, so sagt jene Bürgerschaft, die sich stets durch Patriotismus auszeichnet hat.

Ueber die wichtigste Vorlage der Diät, das Militärgesetz, bringt ein Officiöser der „Augsb. Ztg.“ erfreuliche Aufschlüsse. Er sagt, daß vom Reichstagsstandpunkte die Frage der dreijährigen Präsenz zwar definitiv erledigt sei, aber vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit frage es sich, wodurch die Sicherheit des Reiches mehr garantirt werde, ob durch eine Million Streiter, deren Kriegsdienstzeit auf dreijähriger, oder durch 1½ Million Streiter, deren Kriegsdienstzeit auf zweijähriger ununterbrochener Dienstpräsenz basirt? Und da habe man sich für die letztere Eventualität entschieden. Es soll darum nicht geschlossen werden, daß die eben so entschieden geltend gemachten Motive für die dreijährige Dienstzeit hinfällig geworden seien, sagt der Officiöser: „Sie sind augenblicklich nur in den Hintergrund gedrängt, um mit Rücksicht auf die Finanzkräfte des Reiches vorwärtigeren Platz zu machen.“ Wir werden also vornehmlich die zweijährige Dienstzeit in dem neuen Gesetze concebir und damit Aussicht auf eine Verständigung erhalten. Zwar kann der Reichstag deshalb auf sein Budgetrecht nicht verzichten, er kann auch Einrichtungen nicht zum Gesetz erheben, die bisher nur noch durch die Tradition existenzfähig waren, aber, wie die Dinge jetzt liegen, kann und wird er hoffentlich einen Ausgleich mit der Regierung herbeiführen.

Durch das Ergebnis der englischen Wahlen ist nicht nur die keineswegs starke Mehrheit für Gladstone geschmolzen, sondern sogar eine freilich noch kleinere conservative Majorität erzielt worden. Es fragt sich nun, ob auf solche schwankenden Parteiverhältnisse sich eine Regierung überhaupt bauen und stützen könne. Hinter diesen vermutheten alten Parteien stehen bereits die ersten Schlachtlinien der Arbeiter, geführt von Potter, welche auf den gänzlichen Zerfall jener warten. Eine große politische und sociale Revolution bereitet sich mit absoluter Sicherheit des Erfolges in England vor. Sie wird nicht gewaltfam auftreten, nicht den Staat erschüttern, darum aber nicht minder radical sein, denn ihr Ziel ist die allgemeine

politische Gleichheit aller Staatsbürger, welche dem reifen englischen Volk nimmermehr lange vor-enthalten werden kann.

Deisterreich sucht die Wirkungen der Finanzkrisis nach Kräften einzudämmen, verfährt dabei aber auf Mittel, die gefährlicher sind, als das Uebel selbst. Man will jetzt Neubauten 25-jährige Steuerfreiheit bewilligen. Das bedeutet etwas, denn die Haussteuer beträgt in Wien über ein volles Fünftel der Mietherträge. Indem man aber dadurch die bankrotten Baugesellschaften zu retten sucht, beschädigt man um so ärger den Werth aller fertigen Häuser und beschwört damit für deren Besitzer eine weit gefährlichere Krisis herauf. Verständiger operirt man gegen das Uebel der Actiengesellschaften. Bis dahin wurden diese einer Concessionirung unterworfen und dadurch gewissermaßen dem schamlosen Grubentreiben ein staatlicher Schutz zu Theil. In Zukunft soll das fortfallen, dagegen die civilrechtliche Verantwortlichkeit verstärkt werde.

Die Thaten der Staatsmänner Frankreich's entprechen leider meist äußerst wenig ihren Worten. Mac Mahon verkündete in seiner Rede ein Programm, aber alle Parteien interpretiren dasselbe nach ihrer Weise. Selbst die Rechte befreundet sich jetzt mit dem Septennium, denn sie sieht, daß die herodianischen Abschachtungen republikanischer Maires und die Gesammthaltung der Regierung keineswegs auf eine Schwelung des Cabinets nach links hin deuten. Gewonnen haben bisher unter der Republik des 24. Mai nur die Ultramontanen, die thun können, was sie wollen. Fordert man doch sogar den Verfassungsausbruch jetzt in der „Gazette de France“ auf, „endlich mit den auflösenden Tendenzen der Volksouveränität zu brechen und diejenigen Grundsätze herzustellen, die so viele Jahre Frankreich's Rechtsboden bildeten.“ Man will das Septennium gelten lassen, doch so, daß in der Verfassung die Monarchie im Princip erklart und Mac Mahon dann Reichsverweser auf sieben Jahre heiße, um die Monarchie zu organisiren. Die Bourgeoisie hätte dann die begehrte Ruhe und Aussicht auf Geschäfte, die Monarchisten ihren Willen.

Aus Spanien meldet man einen achtstündigen Kampf bei Villareal, wo die Carlisten sich concentrirt hatten, um Moriones den Weg nach Bilbao zu verlegen. Durch einen Sieg hat er sich den selben frei gemacht. Auch bei Pobla sind die Carlisten mit schweren Verlusten geschlagen worden, wahrscheinlich die Schaaren unter Mitot und Baro, welche einen Angriff auf Gerona in Schilde führten. Der Corr. der „Kreuztg.“ jammert schon darüber, daß „König Carlos“ von Intriganten umgeben sei, die seine Heere von Actionen zurückhalten. Die Geistlichkeit soll Schuld haben, daß Carlos VII. sich werde mit den bispatischen Provinzen begnügen und Alphonse das Uebrige lassen müssen. Die Trauben beginnen also sauer zu werden.

Deutschland.

X Berlin, 6. Febr. Die gestrige Versammlung im Festsaale des Rathhauses behufs Botirung einer Dankadresse an die englischen Protestanten-Meetings in London hat den besten Erfolg gehabt. Der Saal war von mehr als 1000 Personen gefüllt, welche die Reden Dr. Gneist's, Dörner's und Dr. Böll's mit vielem Beifall aufnahmen. Zu bedauern war nur, daß kein Organ die Redner den Miesensaal zu füllen vermochte. Die Revolution wurde mit allem gegen eine Stimme beschlossen, die dem „Manne mit dem Regenschirm“ gehörte. Der ultramontane

„Orient illustre“ lieferte für 17,000 Frs. ein Porträt und eine Biographie des Angeklagten, „Petit Journal“ und „Petit National“ machten ihm ebenfalls Reclame. Auch in Wien hat Marxianz bloß auf der Durchreise einem Juwelier Pancof Schmuckfachen im Werthe von 9000 Frs. abgeschwindelt.

Die flamenischen Zwillinge.

Eine von den New-Yorker Journalen veröffentlichte Depesche aus Richmond, Virginien, enthält einige Einzelheiten über den, wie bereits gemeldet, am 17. ult. in Mount Airy, Nord-Carolina, stattgefundenen Tod der flamenischen Zwillinge. Chanx, heißt es, wurde im letzten Sommer theilweise gelähmt, seit welcher Zeit er reichbar und entkräftet wurde und Vinderung von seinen Leiden in der Flasche suchte. Mehrere Tage vor seinem Tode war er so schwach, daß beide Brüder das Bett hüten mußten, aber die Krankheit war nicht so schlimm, um irgend eine Anticipation der Katastrophe, welche folgen sollte, zu verursachen. Am Freitag, den 16., Abends, gingen beide, wie üblich zu Bett, aber während der Nacht wurde Chanx schlummer, und Sonnabend Morgens gegen 4 Uhr verschied er plötzlich. Der Tod Chanx's alterirte Eng vermaßen, daß er sich eine Zeitlang wie ein Wüthender gekehrte und Zeichen großer Geistesabwesenheit an den Tag legte. Diesem Anfall folgte eine todesähnliche Erschlaffung und zwei Stunden nach dem Tode Chanx's handte Eng seinen letzten Athem aus. Die Frauen und Familien der Zwillinge sind von tiefstem Gram erfüllt und die Kinder, von denen viele taubstumm sind, brüden ihre Trauer und ihren Kummer in der kläglichsten Weise aus.

Ein Prinz von Armenien.

Paris, 3. Febr. Vor dem Pariser Zuchtpolizeigericht erschien gestern der vielgenannte armenische Abenteurer Ostanix Marxianz. Die Vorgeschichte des Angeklagten ist folgende: Er ist zu Bau in Armenien von Eltern niederen Standes geboren und 27 Jahre alt. Sein Vater arbeitet jetzt als Buchbinder im Kaukasus; sein Bruder ist Schneider. Er kam sehr jung nach Constantinopel, wo sich der Patriarch des intelligenten Knaben annahm und ihm, da er sich fleißig und brav zeigte, eine Stelle in dem armenischen College zu Paris verschaffte. Hier kam der junge Meszophian, wie er sich damals nannte, im Jahre 1867 an. Er füllte zuerst, da er keine privaten Hilfsmittel besaß, ein sehr nothdürftiges Dasein, bis ihn ein armenischer Priester in Anerkennung seines Strebens dem egyptischen Minister Nuba Pascha empfahl und dieser ihm eine Jahrespension von 2000 Frs. auslegte. Meszophian trat nun in das College Rollin ein und bezog, nachdem er hier seine Studien vollendet, die landwirthschaftliche Hochschule von Grignon. Auch dort zeichnete er sich durch Fleiß und gute Anlagen aus; aber hier kamen zum ersten Male auch die abenteuerlichen Ideen bei ihm zum Vorschein, welche den hoffnungsvollen jungen Mann verderben sollten. Er erzählte seinen Kameraden, daß er in Wahrheit ein Prinz wäre, daß seine Verwandten ausgedehnte Ländereien in Armenien besäßen u. dgl. m. Im Jahre 1872 verließ er Grignon mit No. 1 und nun entfiel für ihn die Pension, welche Nuba-Pascha ihm bisher bewährt hatte. Er kommt nach Paris, leiht sich von einem seiner Landsleute einige tausend Francs, bezieht das Grand-Hotel, läßt sich Franz Ostanix de Marxianz nennen, miethet Pferd und Wagen und tritt ganz mit dem Willen des reichen Fremden auf. Er giebt vor, von der türkischen Regierung

eine bedeutende wirtschaftliche Mission erhalten zu haben und nach seiner Rückkehr an die Spitze eines großen Industrieunternehmens, vielleicht sogar an die Spitze des Handelsministeriums in der Türkei treten zu sollen. Sein ganzes Auftreten, seine Manieren, seine gebildete Conversation strafen diese Angaben keineswegs Lügen und so fand er bald bei den ersten Juwelieren von Paris Credit. Er entnahm von ihnen Schmuckfachen im Werthe von etwa 100,000 Frs., verkaufte oder verpfandete sie, um seinen Aufwand zu verdoppeln, fand in Folge dessen neuen Credit und brachte es so in 15 Monaten zu einer Schuldenlast von 600,000 Francs. Da man annehmen muß, daß er bei der Verpfändung oder dem Wiederverkauf der ihm natürlich sehr theuer gelieferten Juwelen etwa 50 pCt. verlor, so dürfte er in der angegebenen Zeit 300,000 Frs. ausgegeben haben. Diese Summe scheint nicht ausschließlich in Vergnügungen und Luxus aufgewandt zu sein: die von dem Armenier angenommenen Rolle erheischt, daß er auch den Wohlthätigen und Freigebigen spielte. Es war ihm gelungen, mit einer Reihe angesehener Persönlichkeiten in beinahe intimen Verkehr zu treten, so mit Herrn Drouyn de L'Etas, den Journalisten Lagueronniere, Molinari, Louis Ulbach, Henri Weingaert und den Redactoren der ersten landwirthschaftlichen Organe, Recenteur und Barral. Einer der Juweliers, welche er zu blenden verstand, war Jules Bapst, der als Vertreter der Familie Bapst zugleich das Journal des Debats dirigirt. Bapst öffnete ihm nicht nur Credit, sondern auch die Spalten des angesehenen Blattes; der Armenier rückte in dieselben einen landwirthschaftlichen Artikel, der einiges Aufsehen erregte und von den gefälligen Freunden Lagueronniere, Brignault, Ulbach u. s. w. in ihren Zeitungen natürlich nach-

gedruckt wurde. Mehr bedurfte es nicht, daß der Fürst Marxianz für eine wissenschaftliche Autorität und für einen Mäcen galt. Die Societe centrale d'Agricultur ernannte ihn als Nachfolger Liebig's zu ihrem ordentlichen Mitgliede. Einmal ließ Marxianz, wie schon erzählt worden ist, eine Schaar von ausgewanderten Elsaß-Lothringern, der er zufällig begegnete, flugs nach der Belle Jardiniere führen und von Kopf bis Fuß neu bescheiden; kurz, er verstand sein Metier und er kannte seine Franzosen, wie Wenige. Die Juweliers Bapst, Brunswick und Beale mußten den Spaß bezahlen. Brunswick wurde allein um 200,000 Frs. geprellt und hat sich noch die unnütze Anslage gemacht, seinem Schuldner nach Constantinopel nachzujagen und ihn mit ungläublichen Spesen zur Rückkehr nach Frankreich zu zwingen. Zu der gestrigen Sitzung wurden die Zeugen vernommen und das Urtheil soll heute gesprochen werden.

Paris, 4. Febr. Ostanix Marxianz ist heute zu fünf Jahren Gefängnis und 3000 Frs. Strafe verurtheilt worden. Im weiteren Verlaufe des Processes kam die erbauliche Thatsache zum Vorschein, daß der Angeklagte dem Herrn Brignault vom „Bien public“ 3000 Frs., dem Herrn Ulbach von der „Cloche“ und dem Herrn Poggenpohl von der „Correspondance universelle“ je 1000 Frs. vorgeschossen und dem letzteren Journalisten noch 10,000 Frs. verschrieben hat, damit sie das Publikum von seiner Person unterhielten. Ehren-Lagueronniere, der ehemalige Vorschaffer des Kaiserreichs bei der Porte, stand zu dem armenischen Abenteurer in einem chronischen Pumpsverhältnis und er war es, wie sich jetzt herausstellt, welcher den Aufsehen erregenden Artikel des Marxianz über die türkische Finanzlage für das „Journal des Debats“ geschrieben hatte. Der

Schlossmeister Strobel aus Charlottenburg, in seinen freien Stunden Führer der sozialistischen Schwefelbunde in Berlin, hat nämlich seinen Namen dadurch der Unsterblichkeit überliefert, daß er seine Gefellen in fortgeschrittenen Versammlungen mit dem Regenschirm commandirte und diese sprengte. Im gestrigen Rathhausmeeting, wo der Eintritt nur gegen Karten gestattet war, wußte sich der Mann eine solche zu verschaffen und voritzte mit seinem Regenschirm allein gegen die Resolution. — Im Herrenhause scheint man sich der Abstimmung über unliebsame Demata dadurch entziehen zu wollen, daß man die Dinge verschleppt, bis der Tag der Vertagung herankommt. Regierung und Abgeordnete verbergen nicht ihren Unmuth darüber und als Gegenmittel wird vorgeschlagen, das Abgeordnetenhaus in Permanenz zu erklären. Fürst Bismarck hat den Rath gegeben, v. Bennigsen solle zu Donnerstag nicht die letzte, sondern die vorletzte Sitzung anberaumen; die Schlußsitzung, in der das Haus die Vertagungsordre entgegennimmt, soll dann erst in folgender Woche stattfinden, wenn das Herrenhaus mit seinen Arbeiten fertig ist. Doch vielleicht werden noch solche Auskunfts Mittel dadurch unnöthig, daß sich das Herrenhaus zu etwas rüstigerer Arbeit bequemt.

Der Kronprinz, welcher bekanntlich unter den Freimauern der großen Landesloge die höchste Stellung einnimmt, hat, nachdem er bereits vor einiger Zeit die Absicht, dieses Amt niederzulegen, privatim zu erkennen gegeben hatte, dies jetzt definitiv erklärt. Motivirt ist und wird dieser Rücktritt dadurch, daß der Kronprinz seit der Krankheit seines kaiserlichen Vaters in höchstem Maße von den Staatsgeschäften in Anspruch genommen wird. Sein Nachfolger im Amte wird vermuthlich der Kammerherr v. Dachsöder sein.

Der „Staats-Anz.“ veröffentlicht eine Verfügung betreffend die Beschlagnahme von Druckschriften. Die früheren Verfügungen, nach welchen die Staatsanwaltschaft von ihrer Befugniß, die von der Polizeibehörde verhängte vorläufige Beschlagnahme wieder aufzuheben, in der Regel keinen Gebrauch machen sollte, hebt der Justiz-Minister auf und hofft von der Einsicht und Pflichttreue der Staatsanwaltschaft, daß sie von den ihnen eingeräumten Befugnissen einen der Sachlage entsprechenden Gebrauch machen werden.

Zu denjenigen Stellen, welche nach Feststellung und Publikation des Staatshaushalts-Etats pro 1874 neu zu errichten und definitiv zu besetzen sind, gehört auch die Stelle eines Ministerial-Directors im Justiz-Ministerium, welche bis jetzt von dem Geheimen Ober-Justizrath Wengel interimistisch versehen wird.

Düsseldorf. Nachdem das erste Rescript des Cultusministers an die Directoren der Gymnasien, geeignete Persönlichkeiten aus ihren Lehrercollagen zur Uebernahme von Kreis-Schulinspectorstellen aufzufordern, nicht den gewünschten Erfolg gehabt, ist dieser Tage an sie ein zweites Rescript desselben Inhalts gerichtet worden, in welchem aber anstatt der 1200 Thlr. jährlichen Gehalts und 200 Thlr. Diäten des früheren ein Durchschnittsgehalt von 1500 Thlr. nebst 300 Thlr. Diäten und Anstellung in der Rheinprovinz zugesichert wird. Die Anstellung soll zuerst provisorisch auf 8 Monate erfolgen, während welcher Zeit den Betreffenden ihre Stellen offen gehalten werden, und zwar so, daß sie beim Rücktritt in dieselben der mittlerweile etwa der Stelle zugekommenen Verbesserung theilhaftig werden.

Mus Wecklenburg, 6. Febr. Wider Erwarten dürfte nicht die Landschaft, sondern die Ritterschaft den Grundzügen des Marck blafen. Wie aus Schwerin telegraphirt wird, will letztere nämlich nicht auf ihre Virilstimmen verzichten und nur die Reduction der abzugeben Stimmen nach den früheren Grundzügen acceptiren. In diesen war bekanntlich für die Ritterschaft die auf den Einzelnen beruhende Vertretung proponirt, doch sollte bei Zählung der Stimmen eine Maximalzahl von 72 eingeführt event. die entsprechende Reduction auf 72 vorgenommen werden.

Leipzig, 7. Febr. Die „Reichszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift Johann Jacoby's an seine Wähler, in welcher derselbe das Reichstagsmandat für den Leipziger Landkreis ablehnt.

Dresden, 7. Febr. In der ersten Kammer stand heute der Bericht der dritten Deputation über den Antrag Ludwig auf der Tagesordnung, die Regierung solle öffentlich beurlunden, daß durch Verlesung des Fuldaer Hirtenbriefes in den katholischen Kirchen Sachsens das Unfehlbarkeitsdogma nicht publicirt sei. Auf die Erklärung des Bischofs Forwerf, weder eine amtliche noch eine hirtenamtliche Verkundigung des Unfehlbarkeitsdogmas habe durch die Verlesung des Hirtenbriefes stattgefunden, doch sei das letztere für die Gewissen der Katholiken bindend, beschloß die Kammer auf den Antrag des Abg. Frick gegen 10 Stimmen, wegen nunmehr veränderter Sachlage die weitere Verfolgung der Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Strasburg i. E., 7. Februar. Nach dem Gesamtergebnisse der Elsaß-Lothringischen Reichstagswahlen haben von 320,000 Wahlberechtigten 242,000 von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht. Von den abgegebenen Stimmen fielen nahezu 192,000 auf Candidaten der clericalen Partei oder anderen der Reichsregierung gegenüber als oppositionell zu betrachtenden Parteien, 42,000 auf Candidaten der eßfässischen, über 5000 auf Candidaten der deutschen Partei. 680 Stimmen wurden für Vertreter der socialdemokratischen Richtung abgegeben. Der Rest der Stimmen zerplitterte sich auf verschiedene Candidaten.

Holland. Haag, 7. Febr. Nach officiellen Meldungen aus Atschin vom 1. Febr. wurde eine holländische Recognoscierungstruppe, welche am 29. Januar ausgesandt worden war, von dem Feinde angegriffen und verlor 3 Tödt und 18 Verwundete. Drei Provinzen scheinen geneigt, sich zu unterwerfen, nachdem ihnen die freie Ausübung der Religion zugesichert worden. Neue Verstärkungstruppen sind nicht mehr erforderlich. Die Cholera-Epidemie ist im Abnehmen begriffen.

Schweiz. Bern, 7. Febr. Der Abg. Collet, Secretär des Bischofs Vermillo, bei welchem ein Ballen des in Bar le Duc gedruckten Aufrufs an die Mächte um Intervention zu Gunsten der schweizer Katholiken aufgefunden war, ist auf Grund der

Bestimmungen des Art. 57 der jetzigen Verfassung ausgewiesen und die Untersuchung wegen der Urheberschaft und Verbreitung dieses Schriftstücks aus Mangel an Indicien niedergeschlagen worden.

— In den letzten Wochen sind aus Velfort eine Masse Soldaten desertirt. Es kommen deren fast täglich an. Ihre Zahl soll bis jetzt an 200 betragen. Alle klagen über schlechte Behandlung; hierseits wird diese Erscheinung mit etwas mißtrauischem Auge betrachtet.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 7. Febr. Gegenüber der Behauptung des Pariser „Gaulois“, daß Napoleon III. im italienischen Kriege 1859 nicht gestattet habe, die ungarischen Soldaten zum Bruch des Fahrenheides zu verleiten, veröffentlicht der damalige Oberst der ungarischen Legion, Graf Teleki, in dem kaiserlichen Journal „Magyar Polgar“ ein von dem Sous-Chef des kaiserlichen Generalstabes, General Martimpres, unterzeichnetes Schreiben, in welchem Teleki ermächtigt wird, die österreichischen Gefangenen zu besuchen, um sich mit den unter denselben befindlichen Ungarn Befußs Eintritts in die zu Aquin in Formation begriffene ungarische Legion zu besprechen.

— Der Bester Lloyd meldet, Fürst Mette r-nich werde definitiv in den Ruhestand treten.

Frankreich. Paris, 6. Februar. Angesichts der feindseligen und aufrührerischen Haltung, welche die legitimistischen Organe in Folge der letzten Rede Mac Mahon's dessen Regierung gegenüber einnehmen, rathen Broglie und Dcqucs dem Marschall, der Interpellation Gambetta's durch eine nochmalige Befristung des Septennats zu vorzukommen und hierdurch eine jede falsche Interpretation seiner letzten Erklärungen unmöglich zu machen. — „Patrie“ theilt mit, daß in den commerciellen und Arbeiterkreisen der Hauptstadt große Befriedigung über die Verheißung des Marschalls herrsche, daß die baulichen Arbeiten in der Stadt wie in der Enceinte mit verstärkter Energie fortgesetzt werden sollten. Man sei der politischen Emotionen überdrüssig geworden und sehne sich nach Ruhe und Arbeit um jeden Preis.

— 7. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Amendement Leon Say's, nach welchem der Betrag der Schuld-Amortisationsquote um 50 Millionen Francs herabgemindert werden sollte, mit 434 gegen 249 Stimmen abgelehnt. Demnach wurde die Commission für die Vorberathung des Antrags betreffend die gerichtliche Verfolgung des Deputirten Melvil Bloncourt gewählt.

— Nachrichten von der Insel St. Marguerite schildern den Gesundheitszustand des Ex-Marschalls Bazaine als wenig zufriedenstellend. Der Gefangene sei von einer tiefen Schwermuth befallen, und werde sein physisches Befinden dadurch sehr merklich beeinflusst. Gleichwohl sei für den Augenblick kein Grund zu ernststen Befürchtungen vorhanden.

— Der kaiserliche Prinz will sofort nach Eintritt seiner Majorennität nach Frankreich übersiedeln. Die Regierung dürfte keinen stichhaltigen Grund haben, ihn daran zu hindern.

— Von den Abänderungen, welche die Rede Mac Mahon's durch die Veröffentlichung im „Journal officiel“ erlitten hat, ist Eine besonders aufgefallen. Ursprünglich hatte der Marschall gesagt, daß nach sieben Jahren Frankreich sich selbst wiedergegeben sein werde und über seine Zukunft selbst entscheiden werden könne. Im „Journal officiel“ sind diese bedeutsamen Worte nicht enthalten.

— Der „Soir“ bemerkt, daß Mac Mahon als Staatsoberhaupt in Frankreich nicht genug anerkannt sei und daß er deshalb die Hauptorte der Provinz besuchen und überall zu Pferde an der Spitze seines Stabes einziehen solle, um so den Bevölkerung zu zeigen, daß er wirklich an der Spitze der französischen Nation stehe. Der Rath des „Soir“ ist vielleicht nicht so übel, jedenfalls hätte aber Thiers nicht nöthig, zu Pferde, in Marschalls-Uniform und von einem glänzenden Stab umgeben, Frankreich zu durchwandern, um sich anerkannt zu sehen.

Spanien. Madrid, 7. Febr. Die Regierung hat ein Decret erlassen, nach welchem alle steuerpflichtigen Unterthanen an der National-Anleihe Theil nehmen sollen.

England. London, 6. Februar. Die Anmeldungen zur ultramontanen Demonstration waren so zahlreich, daß gleichzeitig drei Meetings gehalten wurden. Die St. James-Hall war vollgedrängt; theilweise elegantes Publikum, viele Damen amfend; der Herzog von Norfolk präsidirte. Der Jubel war jedes Mal grenzenlos bei Nennung des Papstes, Manning's oder Ledochowski's; das Grinsen grünllich gegen Lord Russel und Bismarck. Die beantragten Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

— 7. Februar. Gutem Vernehmen nach wird Gladstone nach seinem Rücktritt eine Erholungsreise antreten und den Continent besuchen. Der „Morning Post“ zufolge wird Disraeli Premier. Der Finanz-Überschuß soll sechs Millionen L. St. nahekommen.

— Die „Times“ schreibt: Obgleich sich der New-Yorker Weltelcoure andauernd zu Gunsten des englischen Geldmarkts bewegt und auf dem Festlande die Geldabundanz fortdauert, so scheint es doch wahrscheinlich, daß hier im laufenden Monate der gegenwärtige Bankzinsfuß behauptet wird, vielleicht wird selbst eine Erhöhung desselben auf 4 pCt. als zweckmäßig befunden.

Rußland. — Die an Veranlassung der Vermählungsfeier der Großfürstin Marie mit dem Herzog von Edinburgh erlassene Amnestie soll folgende Kategorien umfassen: Die zur Anstellung und zum Verlust aller Ständerechte Verurtheilten sollen sammt ihren nach der Beurtheilung geborenen Kindern ihre persönlichen Ständerechte zurückhalten. Den nach Sibirien Verbannten wird gestattet, ihren Aufenthalt in einem der centralrussischen Gouvernements nach Anweisung der Regierung zu nehmen. Die in's Innere Rußland's Verbannten werden gemäß der Verordnung vom 13. Mai 1871 von der polizeilichen Aufsicht befreit. Die bereits derselben Entbundenen werden an den Orten, wo ihnen gestattet ist ihren Wohnsitz zu nehmen,

ein öffentliches Amt bekleiden und in den Staatsdienst eintreten können. Schließlich erhalten die ohne Verlust ihrer Ständerechte Verbannten die Erlaubniß, nach ihrem Geburtsort zurückzukehren. In diese Amnestie sind alle wegen vor dem 1. Januar 1871 verübter politischer Vergehen Verurtheilte inbegriffen, insofern ihre seitherige Ausführung untadelhaft ist.

Abgeordnetenhaus. 46. Sitzung vom 7. Februar. Der Staatshaushaltsetat und das Etats-gesetz werden definitiv genehmigt. In letzterem wird der Etat für 1874 in Einnahme auf 232,758,017 R. und in Ausgabe auf 232,758,017 R., nämlich auf 198,748,081 R. an fortwährenden, und auf 34,009,936 R. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgestellt; ferner festgestellt, daß nach Anordnung des Finanzministers verzinsliche Schatzanweisungen bis auf Höhe von 10,000,000 R., welche vor dem 1. October 1875 verfallen müssen, wiederholt auszugeben werden können.

Erste Berathung des Gesetzesentwurfs über die Verwaltung erlebiger katholischer Bischöfe. — Abg. v. Wallindrodt: Im preussischen Staate hat sich im Laufe langer Jahre ein sehr werthvolles Capital von Vertrauen zur Regierung angesammelt, das theils den besonderen Eigenschaften des Herrscherhauses, theils dem Rufe zu danken ist, dessen sich das preussische Beamtenhum in der Verwaltung wie in der Justiz erfreut. Die gegenwärtige Regierung lebt theils von den militärischen Erfolgen, theils von diesem Capital des Volkes, aber sie zehrt auch davon, und die Stunde ist nicht gar so fern, wo sie es ziemlich angezehrt hat. Wir hatten manches Decennium hindurch vollen confessionellen Frieden, das Volk wollte mit will ihn heute noch. Mit Unrecht bezeichnet man die Kirchenfürsten und die ultramontane Partei als Friedensstörer. Die Regierung hat angegriffen und stellt sich, als befände sie sich im Stande der Nothwehr. Das erinnert an die Fabel vom Wolf und Lamm (Heiterkeit), und es fehlt auch nicht Meines Fuchs der es für seine dringende Pflicht erklärt, die Verwirrung in der Diöcesverwaltung zu beenden, nachdem er sie selbst angerichtet hat. Der Angriff ist nicht von unserer Seite ausgegangen, er ist vom Kaiser gebrochen durch die Hand der Regierung. (Widerpruch.) Sie glauben das nicht, weil Sie eben ein Theil des Capitals sind, von dem die Regierung zehrt. Im Lande aber hat sich inzwischen die Sache gewaltig geändert. (Widerpruch.) In den katholischen Landestheilen ist das Vertrauen in die Regierung so erschüttert, daß es fast nicht mehr existirt, und auch auf politischem Gebiet glaubt das Volk lange nicht mehr so viel, wie vor 7 Jahren. Die Regierung hat das Recht der Kirche schlechthin negirt und die Forderung an sie gestellt, sie soll sich vor allen Dingen unterwerfen und anerkennen, daß sie dem Staate gegenüber rechtlos sei. Darauf kam sich natürlich die Kirche nicht einlassen, ohne ihre Existenz theoretisch zu vernichten. Nach voller Ausführung der Maigesetze würde von der katholischen Kirche nichts mehr übrig sein als die Form; der Geist der lebendigen Macht wäre verflüchtigt. Ein größerer Uebel geht es nicht für die Kirche, als wenn sie selbst dazu beiträgt, sich geistig vergiften zu lassen. Wenn sie äußerlich unterdrückt wird, und wenn sie theilweise ganz verschwindet vom vaterländischen Boden, dann bleibt ihr die Möglichkeit, daß sie im weißen Gewande wieder einzieht ins Land. (Bravo! im Centrum.) Aber wenn sie selbst sich erst schänden läßt, dann ist diese Aussicht für immer dahin. Nun kann man so viel man will schreiben, daß durch ein Gerichts-erkenntniß ein katholischer Bischof aufhöre ein Bischof zu sein; Sie kriegen es doch nicht fertig, meine Herren. Man kann wohl einen Bischof in der Ausübung seiner Amtspflicht hindern, z. B. indem man ihn nach Dronow bringt (Heiterkeit), aber eine Sedisvacanz schafft man damit nicht. Dafür giebt es nur ein Mittel, nämlich den Bischof wie den Apostel Paulus zu köpfen. Die Anerkennung dieses Gesetzes würde man das Symbol der katholischen Kirche zerstören. Glauben Sie nun so nicht, daß wir die Zukunft heiter ansehen. Wir sehen sehr gut, daß der Nachwuchs des Clerus auf ein Minimum herabgesunken wird, nachdem man ihn die geistlichen Bildungs- und Erziehungsanstalten verschlossen hat und ihn auf Universitäten verweist, die zum großen Theil der Herd des Ultracatholicismus sind. Sie zwingen diese jungen Leute ins Ausland zu gehen. Es wird nicht lange dauern, und wir haben keinen Bischofsstuhl mehr besetzt. Das Volk ist auch darauf gefaßt, daß eine Gemeinde nach der anderen ihrer Seelforge beraubt wird. Die Regierung wühlt mit dieser Gesetzgebung einen großen Theil des Volkes bis in die tiefste Tiefe auf, so daß dasselbe sich nur mit innerem Kirchenthum beugt. Vielleicht denkt die Regierung schon daran, den alt-katholischen Bischof Keimens auf einen der erledigten Bischofsstühle zu setzen; allein glauben Sie nicht, daß das Volk einen Hirten anerkennen wird, der anderswoher als durch die Thür in das Haus getreten ist, und daß es auf die Knie fallen wird vor einem Manne, dem der Cultusminister den Mantel umgehungen hat und den die Bahonnette begleiten. Glauben Sie auch nicht, daß das Volk zum Theil zur protestantischen Kirche übergehen wird. Das würde ihm ja gar nicht möglich sein; denn es würde dieselbe nicht finden, selbst wenn es die Laternen des Diogenes anzündete. Ein Theil des katholischen Volks wird an seiner Religion festhalten und sie um so eifriger üben; ein anderer Theil wird verwirren, und mit diesem Theil ziehen Sie sich eine Bevölkerung groß, deren Umwälzung Wogen aufblühen wird, unter denen Sie selbst begraben werden. Man kann nun fragen, was ist denn unsere Hoffnung? Nun, vom rein menschlichen Standpunkt aus sage ich: Lieber mit Ehren fallen, als mit Schande den Nacken der Tyrannei beugen. Vom christlichen Standpunkt aber sage ich: Wir werden beten und wir rechnen fest auf den allmächtigen Gott. (Beifall im Centrum.) — Der Cultusminister: Der Vordränger hat uns in einer Weise angerebet, als ob wir nicht jene Monate langen Debatten über die Mai-Gesetze gehabt hätten, ja als ob wir überhaupt keine Mai-Gesetze hätten. Seine Argumente gehörten größtentheils nicht zur Sache; es waren Betrachtungen ganz abstracten Art (Beifall links), Wiederholung von Erörterungen, die wir schon oft genug gehört haben. Ich begreife diese Tactik der Herren sehr gut; alle ihre Freunde befolgen denselben Modus. Es liegt mir der Bericht des Geschäftsträgers aus St. Jago in Chile vor, wonach die dortige Centrumpartei bei ähnlichen Vorlagen ihre Hauptaugenmerk darauf richtet, durch nicht zur Sache gehörige Reden die Discussion hinzuziehen (Heiterkeit). Immer die Dinge unklar lassen und auf alle Punkte zurückkommen, um das Verständniß zu verwirren, das ist Ihre Tactik. (Beifall. Im Centrum Ruf: Zur Sache! Heiterkeit.) Ein ferneres Moment Ihrer Tactik ist die sich im Ausdruck immer steigende Leidenschaft. (Sehr richtig! links.) Haben Sie wohl in der Erinnerung die Worte des Abg. Reichensperger, daß die gegenwärtige Staatsregierung die Säule der Religionsfreiheit umgestürzt hat. (Sehr wahr! im Centrum.) Das ist ein leidenschaftliches Wort; denn es handelt sich nur um das Abschneiden der Auswüchse clericaler Machtbestrebungen (Bewegung im Centrum), die bald eine solche Ausdehnung gewonnen hätten, daß der Staat der Macht unterlegen und nicht im Stande gewesen wäre, seine Pflicht allen Religionsgesellschaften

gegenüber zu erfüllen. (Beifall.) Erinnern Sie sich jener Drohung mit Feuer und Eisen, die hinwies auf die unsere socialen Verhältnisse unterwühlenden Gemalten? Der Abg. v. Wallindrodt hat dann auf die Verwilderung der öffentlichen Zustände hingewiesen. (Sehr richtig! im Centrum.) Es ist ein wunderliches Ding, daß die Herren das böse Beispiel vergessen, welches ihre Kirchenfürsten geben. Wo wird der Vorwurf an richtige Stelle sein? Der Abg. v. Wallindrodt hat uns weiter mit allerlei Schreibern unterhalten. Diese erkläre ich mit einem vulgären Ausdruck für Räubergehirnen (Heiterkeit). Man hat gesagt, die Vorlage dieser neuen Gesetze beweise, daß die Regierung sich in der Voraussehung der Wirkung der Maigesetze getäuscht habe. Ich habe schon bei der Discussion der Maigesetze darauf hingewiesen, daß die Regierung, falls diese Gesetze nicht annehmen sollten, sich neue Wege eröffnen würde, um zu den Zielen zu gelangen, welche sie sich einmal gesteckt hat. Ich selber habe von dem Moment der kühnen Erklärung an keinen Zweifel mehr in Bezug auf die Dinge gehabt. Das vorliegende Gesetz ist eines der damals angedrohten Ergänzungsgeetze. Wenn der Abg. v. Wallindrodt anspricht, daß die von dem kirchlichen Gerichtshof verfügte Absetzung eines Bischofs nicht respectirt werden wird, so ist das der allerentschiedenste Beweis für die Nothwendigkeit des vorliegenden Gesetzes. (Sehr richtig! links.) Die Staatsregierung muß darauf bedacht sein, soweit sie dies angeht, den Fall zu regeln, daß es bei einer Sedisvacanz nicht möglich sein sollte, zur ordnungsmäßigen Bestellung eines Bischofs zu kommen; für Fulda ist es z. B. sehr unwahrscheinlich. Die Regierung kann nicht dulden, daß ein abgeleiteter Bischof weiter fungirt, oder daß Jemand in bischöfliche Functionen eintrete, der dem Staate nicht ausreichende Garantien dafür gewährt, daß er sein Amt in anderer Weise führt, als die, welche gegenwärtig die Bischöfe innehaben und sich gegen die Staatsregierung auflehnen; die Regierung kann auf die Dauer nicht stillschweigend zusehen, daß alle äußeren Verhältnisse der Diöcesen in Unordnung kommen, und sie muß wenigstens dafür sorgen, daß diejenigen Katholiken, die zur Seelforge nicht gelangen können, sich aus eigener Initiative eine solche verschaffen mögen. — Abg. Behrenspennig verliest, um zu zeigen, welches Echo Reden, wie die des Abg. v. Wallindrodt finden, Stellen aus der ultramontanen Presse. Der bayerische „Volksfreund“ ruf: „Nieder mit dem Protestantismus, es lebe die katholische Kirche und ihr neuester Märtyrer, der Ledochowski!“ In einem badischen Blatt werden die gegenwärtigen Zustände gegenüber gestellt den herrlichen Verhältnissen, in denen sich die Rheinlande unter der Herrschaft Napoleons I. erfreut hätten. Eine Adresse weltlicher Edelherren an den Bischof Martin, der, um der Fäulnis zu entgehen, jenes wenig ehrbare Geschlecht mit seinem Bruder gemacht hat, vergleicht diesen Herrn in einer an Blasphemie streifenden Sprache mit dem gekreuzigten Heilande, dessen Kleider Schergen und Hentesmechte unter sich theilen. Wie sieht es über mit den „moralischen Strafen“ auf Ihrer Seite? Die ultramontane Presse beschäftigt sich bereits mit dem Verhalten der Bischöfe zu dem Erlass vom 6. December, demgemäß ihr Eid das Versprechen des Gehorsams gegen die Landesgesetze und der Treue gegen den Landesherrn enthalten soll; und da kommt die „Germania“ zu dem Schluß, die Bischöfe könnten den Eid ruhig leisten, denn es hieße darin: „ich gelobe die Gesetze gewissenhaft zu halten“ und das könne nur bedeuten: „nach des Bischofs Gewissen.“ Das ist nach einfacher protestantischer Auffassung ein Meinel und mit einer solchen Moral vergiftet Sie das katholische Volk und die Kirche mehr, als sie durch die Maigesetze vergiftet wird. Es ist der Grundirrtum der Reber aus dem Centrum, daß sie sich das Verhältniß zwischen Staat und Kirche in früheren Zeiten immer wie eine große Verdrüßung vorstellen, einen nie getriebenen Frieden, den erst unsere entsetzliche Regierung seit 1871 gebrochen habe. Diese Anschauung beruht ganz ebenmäßig auf das ganze Gebäude des absoluten Papstthums auf Fälschungen der Geschichte oder wenigstens auf totalen Irrthümern. Als sich Friedrich I. die Königskrone aufsetzte, da schrieb der Papst Clemens XI. an Pönönia XIV., daß dies gegen den Inhalt der apostolischen Verordnungen sei und das Ansehen des päpstlichen Stuhles beleidige, indem die königliche Würde von einer nicht katholischen Person nicht angenommen werden könne ohne Vernichtung der Kirche. Nun Clemens war auch unfehlbar; aber so wenig es wahr ist, daß der Hohenzoller die Kirche vernichtet hat, ebensowenig wird sie von den Maigesetzen vernichtet werden. Aber auch weiterhin im 18. und 19. Jahrhundert hat jener Friede zwischen Staat und römischer Kirche nicht bestanden. Als Schlesien gewonnen war, da blieb der dortige Clerus sehr österreichisch gesinnt und der alte Frit hatte in dieser Beziehung viel Sorgen. Es wurden deshalb ganz einfach die Bischöfe vom Könige ernannt und dieselben Maßregeln gegen den Clerus eingeführt, wie später in Westpreußen. Dann kam nun das Landrecht, das viel weiter geht als die Maigesetze. Es kam 1820 der Kampf wegen der Hermesianer, dann die Streitigkeiten über die gemischten Ehen, jene Zeit, wo der Bischof Droste die Landesgesetze mit Füßen trat, immer im Namen der Kirche, und dieser Mann ist Ihr Heiliger. Dann freilich kam eine Periode von 20 Jahren, wo Sie den Frieden in Ihrem Sinne gehabt haben, d. h. die unumstößlichste Herrschaft, wo Sie Ihre Vorposten hineingeschoben hatten bis in die Mitte des Ministeriums. Diese Macht soll nun durch die Maigesetze wieder eingeschränkt werden. Aber daß diese Gesetze die Existenz Ihrer Kirche bedrohen, das reden Sie sich doch nicht ein. Glauben Sie denn, es sei Philipp II., doch gewiss einem der größten Glaubenshelden, der die Inquisition so erfolgreich geführt hat, je eingekerkert, auch nur eine Minute lang die Sonnenröhre des Staates zu Gunsten der Kirche aufzugeben? Auch Philipp hat mehr als einen Bischof abgesetzt. Hat ferner jener bayerische Herzog Maximilian, der zu Anfang des dreißigjährigen Krieges an der Spitze der Liga stand, je daran gedacht, den Geistlichen irgend eines von den Rechten zu gewähren, die sie bei uns genießen und durch die Maigesetze verlieren sollen? Sie sehen, es ist eine leere Redensart, daß mit diesen Gesetzen etwas Neues, in der Geschichte nie Dagewesenes geschaffen werden soll. Ich habe sogar bei der Lectüre dieses Gesetzesentwurfs den Eindruck empfunden, daß die Staatsregierung mit einer gewissen Schüchternheit vorgeht. (Heiterkeit.) Die Republikaner der Schweiz sind viel energischer gewesen, daher man vor ihnen auch viel mehr Respekt hat; aber ich denke, dahin wird man bei uns auch noch kommen. (Heiterkeit.) Warum wird der Gemeinde das Recht, sich einen Pfarrer selbst zu wählen, welches ihr in dem einzelnen Falle eher durch gerichtliches Erkenntniß veranlaßt Vacanz vindicirt werden soll, sofern kein Patron vorhanden ist, der die Stelle zu besetzen hat, nicht überhaupt eingeräumt? Ist das doch in der Schweiz ein altes Gemeinderrecht gewesen, das erst späterhin von der Hierarchie abgerottet worden ist. Ich hoffe, daß die Commission den Cultusminister zur Herstellung solcher alten Gemeinderrechte veranlassen wird, welche keineswegs dem Rechte des alten Christenthums im ersten Jahrhundert und auch den folgenden Zeiten widersprechen. Thöricht ist der Glaube des Vordrängers, daß wir uns einbilden, die Sache mit den bisherigen Gesetzen erledigt zu haben. Daß auch bei uns der Kampf fortgeführt werden wird, daß ein fauler Friede nunmehr unmöglich ist, dahin haben sie allein, meine Herren vom Centrum, es gebracht. Ich fürchte mich heute nicht mehr vor einem Ministerwechsel, durch den wieder ein Schwächling auf den Sitz des Cultusministers gelangen könnte; denn

Die heute Morgen 1 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem tüchtigen Jungen erlaube ich mir Freunden und Verwandten hiermit anzuzeigen.

W. Czarnowski.

Dirschau, den 8. Februar 1874.

Die gestern Nachmittag 4 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Anna geb. Stobbe von einem Knaben, der uns heute leider durch den Tod wieder entzogen wurde, zeige ergebenst an.

Tiegehof, den 7. Februar 1874.

Adolph Claassen.

Die gestern vollzogene Verlobung unserer einzigen Tochter Nina mit Herrn Otto Grundt aus Gömbe, beehren wir uns statt besonderer Meldung hierdurch anzuzeigen.

Rnigberg, den 9. Februar 1874.

Richard Großkopf und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Toni mit Herrn Otto Hildebrandt aus Neufahrwasser beehren wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.

Elbing, den 8. Februar 1874.

M. Walter und Frau.

Verlobte:

Toni Walter,

Otto Hildebrandt.

Elbing. Neufahrwasser.

Bekanntmachung.

In der Jacob Johannes Klatwitzer'schen Concurs-Sache ist der Kaufmann Rudolph Gasse zum definitiven Verwalter bestellt.

Danzig, den 6. Februar 1874.

Rdnigl. Stadt- und Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In der Paul Sezersputowski'schen Concurs-Sache ist der bisherige einstweilige Verwalter Justizrath Delfowski, zum definitiven Verwalter der Masse bestellt.

Danzig, den 6. Februar 1874.

Rdnigl. Stadt- u. Kreisgericht.

1. Abtheilung.

(6004)

Bekanntmachung.

Die für die Provinz Westpreußen errichteten Erbschaftsteuer-Mentor I. und II. befinden sich gegenwärtig im Hause Anterschmiedegasse No. 15 hieselbst.

Danzig, den 6. Februar 1874.

Der Provinzial-Steuer-Director.

Hellwig.

Die Rectorstelle an der hiesigen Stadtschule, deren Einkommen neben freier Wohnung jetzt auf jährlich 650 R. festgesetzt worden ist, soll sogleich besetzt werden.

Theologisch gebildete Schulkollegen wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes bis zum 24. Februar cr. bei uns melden.

Neuteich, den 6. Februar 1874.

Auction.

Donnerstag, den 12. Febr. c., Vormittags 11 1/2 Uhr, werde ich zu Folge Verfügung der Executions-Commission des Königl. Stadt- und Kreis-Gerichts in öffentlicher Auction im Auktionshofe versteigern:

der Preussische Staats-Prämien-Schein, Serie 473 No. 47,258 über Thlr. 100.

Ehrlich.

Auction

über

alte Eisen-Schienen.

Am Donnerstag, den 19. Febr. cr., Nachmittags 3 Uhr, sollen in Neufahrwasser an der Zollabfertigungsstelle daselbst lagernde:

230 Stück alte Eisen-schienen, gewogen

757 Centner,

vorzüglich geeignet für Walzwerke, öffentlich gegen baare Bezahlung an den Meistbietenden im Ganzen oder nach Wunsch der Käufer in kleineren Partien versteigert werden.

Hierzu ladet Kauustage ergebenst ein

F. G. Reinhold,

Danzig.

(6046)

Dampfer-Linie

Antwerpen—Danzig.

In Antwerpen ladet Mitte Februar nach Neufahrwasser A. I. Dampfer Marie.

Güteranmeldungen erbitten

de Leeuw Philippson & Rose,

Antwerpen,

und F. G. Reinhold,

Danzig.

(5889)

Dirschauer Credit-Gesellschaft W. Preuss.

Die Dividende für das Jahr 1873 ist auf 6 % festgesetzt, und kann von jetzt ab

Vormittags von 9—12 Uhr gegen Einreichung des Dividendenscheins in Empfang genommen werden.

Dirschau, den 1. Februar 1874.

W. Preuss.

Ein Pöfchen Raffinade

in Broden offerire pro Pfd. 5 Gr., im Gr. billiger.

(6015)

Carl Voigt,

Fischmarkt 38.

Blühende Topfpflanzen empfehle in großer Auswahl als: Hyacinthen, Tulpen, Crocus, Camellien, Azaleen u. zu den billigsten Preisen.

S. L. Schäfer, Sandgrube 21.

240 fette Schafe

stehen zum Verkauf in Woborn

in der Lauenburg i. Pomm.

Geschäftsabschluss

der Dirschauer Credit-Gesellschaft W. Preuss für das Jahr 1873.

Brutto-Balance.

	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.
1. Actien-Capital-Conto	—	—	—	36,400	—	—
2. Cassa-Conto	850,389	6	2	845,192	13	4
3. Depostiten-Conto A.	140,506	16	9	180,727	24	1
4. Depostiten-Conto B.	24,400	—	—	25,750	—	—
5. Wechsel-Conto	756,709	20	—	678,021	15	—
6. Lombard-Conto	6,250	—	—	6,170	—	—
7. Disconto-Conto	9,827	17	6	10,729	28	—
8. Provisions-Conto	225	22	—	225	22	—
9. Zinsen-Conto	2,150	11	—	2,485	2	—
10. Conto a nuovo	356	21	—	81	19	—
11. Gewinn- und Verlust-Conto	5,429	7	11	10,751	1	5
12. Reserve-Fonds-Conto	438	27	9	1,054	3	1
13. Geschäfts-Einrichtungs-Conto	2,129	—	—	2,481	—	—
14. Dividenden-Conto	2,785	23	9	1,456	9	—
15. Conto pro Diverse	—	—	—	—	—	—
	1,801,598	23	10	1,801,598	23	10

Netto-Balance.

Activa.	Thlr.	gr.	pf.	Passiva.	Thlr.	gr.	pf.
1. Cassa-Conto	5,196	22	10	1. Actien-Capital-Conto	—	—	—
2. Wechsel-Conto	78,688	5	—	(Einzahlungen auf 190 Actien)	36,400	—	—
3. Lombard-Conto	80	—	—	2. Depostiten-Conto A.	—	—	—
4. Conto a nuovo (Zinsentzinsen für verspätete Actiencinzahlungen)	275	2	—	(mit dreimonatlicher Kündigung)	40,221	7	4
5. Geschäfts-Inventarium	366	20	10	3. Depostiten-Conto B.	—	—	—
6. Conto pro Diverse	1,329	14	9	(mit dreitägiger Kündigung)	1,350	—	—
	85,936	5	5	4. Disconto-Conto	—	—	—
				(auf das Jahr 1874 überhöbte Wechselzinsen)	902	10	6
				5. Zinsen-Conto	—	—	—
				(noch zu gewöhnliche Zinsen auf Depostiten bis ult. December 1873)	334	21	—
				6. Reserve-Fonds	1,054	3	1
				7. Dividenden-Conto	—	—	—
				(noch nicht erhaltene Dividenden)	352	—	—
				8. Gewinn pro 1873	5,321	23	6
					85,936	5	5

Gewinn- und Verlust-Conto.

Gewinn am Disconto	6,541	9	—
Gewinn an Provision	225	22	—
Zinsen für Depostiten, Gewerbesteuer und Druckkosten	6,767	1	—
Gewinn zur Vertheilung	1,445	7	6
	5,321	23	6

Dirschau, den 31. December 1873.

W. Preuss.

Ausverkauf von Winter-Waaren.

Ausverkauf mit Herren- und Knaben-Mützen, Ausverkauf mit Herren-Hüten für den Winter, Ausverkauf wollener Shawls und Ueberwürde, Ausverkauf von Unterkleidern in Wolle.

Großer Ausverkauf von Winter-Stoffen

zu Röcken, Beinkleidern, Westen, Jaquets, schwarze Tuche a 25 Gr., Buckskins a 1 1/2 Thlr. bei

H. A. Holst, Langgasse.

Ausverkauf von Winter-Schuhen für Damen

zu außerordentlich billigen Preisen.

H. A. Holst.

Der vollständige Ausverkauf

meines Waarenlagers wird zu noch billigeren Preisen fortgesetzt.

Winter-Hüte vom einfachsten bis zum feinsten Genre.

Wachstuch und Capotten.

Coiffuren und Häubchen für ältere Damen.

Blumen-Coiffuren, Schärpen, Blumen-Montüren.

Schleifen-Garnituren, seidene Shawlschen, seidene Halstücher in weiß und couleur.

Garniture und ungarische Morgenhauben.

Ein kleiner Rest Blousen und Weißtuchereien.

Tüll- und Gaze-Schleier.

Ferner: Seidene Bänder in jeder Farbe und Breite.

Sammet-Bänder in allen Nummern zu Fabrikpreisen.

Guten Sammet, Velvet, Seidenstoffe, Tülls, Spitzen u. Bänder.

Caecilie Wahlberg, Wollweberg. 8.

Die Ladeneinrichtung, welche auch zu jedem andern Geschäft passend, ist zu verkaufen.

(6014)

Inventur-Ausverkauf.

Eine Partie Lasting-Damen-Stiefel mit und ohne

Flanellfutter,

eine Partie Damen-Luch-Stiefel,

eine Partie ältere Damen-Lederstiefel,

eine Partie Damen-Hauschuhe,

eine Partie Kinder-Luchstiefel

verkauft nach beendeter Inventur zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Wiener Schuhwaaren-Depot

Langenmarkt No. 17. W. Stechern, Langenmarkt No. 17.

Oeldruckbilder.

Mein großes Lager von Oeldruckbildern habe ich bei Anwesenheit in Berlin mit den neuesten Erscheinungen vervollständigt. Dasselbe enthält die feinsten Drucke, welche bis jetzt überhaupt hergestellt worden sind, zu verhältnismäßig billigen Preisen.

Zum Besuche der Ausstellung lade ergebenst ein.

H. Kohlko,

Musikhandlung, 74. Langgasse.

(6010)

Glacé- und Wildlederhandschuhe mit Velz- und seidnem Futter mit 1 u. 2 Knöpfen, für Herren und Damen, verkaufe ich von jetzt ab zu ermäßigten Preisen, Buckskin- und gefütterte Zwirbandschuhe verkaufe ich, um damit zu räumen, unter dem Einkaufspreise.

Joh. Rieser, Gr. Wollwebergasse 3.



Selonke's Theater, Langgarten.

Sonnabend, den 14. Februar:

Letzter Maskenball im Königssaale

mit neuen, glänzenden Aufführungen, Tänzen und Maskenscherzen.

U. A.: Einzug des Maskenfürstlings mit seinem Hofstaat. Die Musik wird von der Kapelle des Musikmeisters Herrn Landenbach ausgeführt. Vor der Demaskierung haben in den Maskenträumen nur vollständig maskierte Personen Zutritt. Nach der Demaskierung dürfen auch Zuschauer am Tisch Theil nehmen, jedoch nur im Ball-Costüm.

Avis. „Was giebt's Neues da unten?“ fragte beim letzten himmlischen Apell der alte Fritz seine Getreuen. „Sie feiern Carneval, da geht Alles verkehrt zu“, berichtete der selige Hofnar und schlug vor Vergnügen einen Purzelbaum. Das interessierte den alten Herrn, schnell ließ er Tante Voss und den Onkel zu sich beiseiden und erkundigte sich bei ihnen, ob Herr von Bismarck und seine sonstigen Freunde auch dabei seien. „Ja wohl, er hat zum 14. auf dem Maskenballe bei Herrn Selonke mit Vater Windthorst ein Rendezvous verabredet“, schmunzelte die allwissende Tante.

„Biethe, Schwerin, das giebt einen Hauptspaß, wenn wir mit darunter fahren“, rief der alte Fritz lustig: Sofort ließ er General-Marsch schlagen, Blücher, der alte Dessauer und viele Andere sammelten sich um ihn und empfingen die allgemeine Parole: Am 14. Februar, Abends präcise 11 Uhr, Versammlung auf Langgarten bei Herrn Selonke. Tamboure und Trompeter, die alten Grenadiere von Hohenfriedberg und Teythen, alle wurden zu pünktlichem Erscheinen commandirt, um mit einzuziehen in die närrische Welt. Nachdem das unterzeichnete Comité hiervon telegraphische Meldung erhalten, sandte es seinerseits sofort Extra-Courier mit Einladung an den Schah von Persien und hat auch dieser mit seinem Scharfrichter und seinen übrigen Ritters des Sonnenordens sich anmelden lassen. Viele andere Potentaten, welche augenblicklich ohne Verschäffung sind, hat das Comité zu der Einzugsfeier ebenfalls eingeladen, ja sogar der Vatikan will einige Gäste entsenden, und haben wir denselben freie Mitreise ohne Aufhalt in Ostrowo zugesichert. Da keiner dieser hohen Gäste zur Verfahung sich der Ostbahn bedient, so kann auf pünktliches und munteres Eintreffen gerechnet werden. Nach erfolgtem Einzuge werden alle jene hohen Würdenträger aus dem Diesseits und Jenseits sich um den für sie errichteten Thron gruppieren, eine Stunde feierliche Narren-Comte entgegennehmen, und um 12 Uhr, wegen Ablauf des ihnen von St. Petrus ertheilten Urlaubes, unter Pauken- und Trompetenschall verschwinden. Solches thut zu allgemeiner Nachachtung feierlich kund und zu wissen.

Das Carnevals-Comité.

Pferde-Eisenbahn.

Der Betrieb auf der Strecke Langefuhr-Oliva ist bis auf Weiteres eingestellt.

Microscopische Untersuchungen aller Art (speciell auf Trichinen) nimmt entgegen

Hermann Lietzau, vereid. Chemiker und Apotheker, Holzmart 22. (6013)

Masken-Costüme für Damen in Sammet, Seide, Atlas, zu den billigsten Preisen, einfache von 1 R. an, Katten, Dominos 15 Gr.

53. Heiligegeistgasse 53.

Drei kernfette Schweine stehen zum Verkauf bei Hoff'schen-Abt. Gremblin.

100 Stück gemästete Hammel und Schafe

verkauft in Schönfeld bei Danzig.

!!! Wald-Offerte!!!

Eine gut bestandene Waldfläche, 1100 Joch groß, mit Buchholz von 12—30" Dicke in der Brusthöhe bestehend, 1 Meile von einem schiffbaren Nebenflusse der Weichsel, 1/2 Meile von der Eisenbahn, an Deutschlands Grenze gelegen, ist für 167 R. pro Joch, bei einer Anzahlung von 40,000 R., zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt G. Redeker, Altst. Graben No. 21.

Ein hübscher Jagdschlitten und ein Kasten-schlitten steht zum Verkauf Schmidts Hotel, vis-a-vis dem Bahnhofe. (6017)

Bierstige russische Schlitten, ein- auch zweispännig, und einen ganz verdeckten Schlitten empfiehlt

A. W. Sohr,

Borst. Graben No. 54.

Schlitten zum Kauf und zur Miethe offerirt

F. Sczersputowski,

Reitbahn 13.

Lohndreschen mit neuer Dampfresch-Maschine, 10 Pferdekraft, neuester Construction und Drahtstelltransmissionen nimmt Aufträge an

Ernst G. Martini,

Breitgasse No. 82.

Ein Commis für ein Cigarrengeschäft wird gesucht. Fachkenntniß durchaus erforderlich. Adressen unter 6002 in der Exped. d. Btg. erbeten.

Die 2te Buchhalterstelle einer hiesigen Brauerei ist vacant und kann sofort besetzt werden. Meldungen nebst Abschrift der Zeugnisse unter No. 5591 in der Exped. d. Btg. erbeten.

Ein trockener, wenn möglich parterre gelegener Raum auf der Neustadt wird von Oftern oder auch von sogleich bis 1. October zu miethe gesucht. Adressen unter No. 5989 in der Exped. d. Btg. erbeten.

Ein möbl. Zimmer, 1 Tr., m. Verf. z. verm. Ein Comtoir ist Brodbäntengasse 12 zu vermiethe.

Ein junger Mann wünscht in den Freistunden die Föhrung von Büchern zu besorgen. Adressen unter 5648 in der Exped. Btg. erbeten.

Danziger Bürger-Verein. Öffentliche Sitzung Mittwoch, den 11. d. M., Abends 7 Uhr, im Gesellschaftshaus, Brodbäntengasse 10, 1 Treppe hoch.

Tagesordnung: „Aufhebung der Schlachtsteuer in Danzig.“ Bei der Wichtigkeit der Sache wird eine rege Theilnahme empfohlen und ist der Zutritt Jedem gestattet; insbesondere werden die dabei beteiligten Fleischermeister und Fleischhändler zur Theilnahme an den Verhandlungen eingeladen. Sollten die Herren Stadtvorordneten es angezeigt finden, der Versammlung beizuwohnen, werden sie sehr willkommen sein.

Zielfass, Vorsitzender.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus. Sonnabend, den 14. Februar: Großer Maskenball.

Logen-Billets à 1 R., Maskenbillets à 20 Gr. sind im Schützenhause zu haben. Steller.

Apollo-Saal. Nur 3 naturwissenschaftliche Vorträge aus dem Gebiete der Experimental-Physik, unter Vorführung neuer vorzüglicher Apparate vom

Mr. William Finn am Donnerstag, den 12., Sonnabend, den 14. und Montag, den 16. d. M., Abends von 7 bis 9 Uhr.

Billets sind in der Weber'schen Buchhandlung, sowie Abends an der Kasse zu haben. (6028)

Stadt-Theater. Dienstag, 10. Februar. (5. Abom. No. 5) Hans Feilung.

Mittwoch, 11. Februar. (5. Abom. No. 6.) Kanonenfutter. Hierauf: Sperling und Sperber.

Donnerstag, 12. Febr. (Abom. suspenda). Vorlesung: Gastspiel des Herrn Otto Lehfeld. Kopf u. Schwert. Lustspiel in 5 Acten von Dr. Gustow.

Freitag, 13. Februar. (Abonnement susp.) Zum Benefiz für Herrn Kapellmeister Wäfler. Die lustigen Weiber von Windsor.

Sonnabend, 14. Februar. (Abom. susp.) Letztes Gastspiel des Herrn Otto Lehfeld. Cromwell (General) oder Die Royalisten. Schauspiel in 4 Acten von E. Knapack.

Selonke's Theater. Dienstag, den 10. Febr.: Preciosa. Schauspiel mit Gesang und Tanz von A. Wolf. Musik von Carl Maria v. Weber.

Königsberger Lotterie, 4000 Gewinne, Ziehung den 21. April cr., Loose à 1 R. bei Theodor Vertling, Gerbergasse 2.

Lauenburg i. Pomm. Ich bin Stadtverordneten-Vorsteher, verstehen Sie mir. F. 7. W. 2. N. 74.

Sonnabend fand sich ein Thier, scheinbar Kettenhund, zu sagen spanische Hündel-Race, chokoladenfarben, mit Halsriemen ohne Schwanz (Nabinehr rufen hört er) bei mir ein. Eigen wird er, wenn er nicht gegen Erstattung der Kosten, des Futteres und der Annoncen und Legitimation seiner Angehörigkeit in 3 Tagen Neufahrwasser Hafenstraße 12, Hof, abgeliefert.

No. 8330. 8338. läuft zurück die Exped. der Danz. Btg. Redaction, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.